

Nicaragua- Solidarität mit der demokratischen Opposition



44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Wendel Jaromir Burkhardt (KV Frankfurt)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Antragstext

- 1 Nicaragua: Solidarität mit den demokratischen Widerstandsbewegungen , Freiheit für politische
- 2 Gefangene, Aufbau eines neuen Regierungssystems...
- 3
- 4 Erwachsene aus Solidarität mit den Menschen Nicaraguas engagieren sich viele
- 5 Bürger*innenbewegungen und Solidaritätskomitees in Deutschland - zum Beispiel in Kommunen
- 6 im
- 7 Rahmen ihrer Städtepartnerschaftenseit den 1980ern für den positiven Austausch miteinander.
- 8 Auch viele Mitglieder und Aktivist*innen von B90/Grünen waren und sind Teil der breiten
- 9 Solidaritätsbewegung für Nicaragua. In den 80er Jahren verkörperte die sandinistische
- 10 Bewegung auch für viele in Deutschland die Hoffnung auf einen neuen Weg zu einer andern
- 11 Form
- 12 der Gesellschaftspolitik, auf einen gerechten Weg und ein Symbol einer Alternative zu den
- 13 eingefahrenen Wegen des doktrinären Sozialismus der Sowjetunion und zu der extremen Form
- 14 des
- 15 Kapitalismus in den USA. Leider haben sich diese Hoffnungen nicht erfüllt, und Daniel Ortega
- 16 hat sich im Laufe der Jahre immer mehr zum autokratischen Despoten entwickelt.
- 17
- 18 Seit April 2018 protestieren große Teile der Bevölkerung Nicaraguas gegen die Regierung des
- 19 Präsidenten Ortega und seiner Ehefrau Rosario Murillo, die seit Januar 2017 auch
- 20 Vizepäsidentin ist.Die friedliche Revolte, die auch den zivilen Ungehorsampropagiert, wird
- 21 seither mit brutaler Gewaltbeantwortet, die kaum jemand für möglich gehalten hat.
- 22
- 23 Nach Angaben von internationalen und nationalen Menschenrechtsorganisationen mordet,
- 24 inhaftiert, foltert und terrorisiert der Staat dieMenschen NicaraguasDabei sind über 500
- 25 Menschen zum größten Teil von der Polizei und paramilitärischen Gruppen getötetund etwa
- 26 2000
- 27 weitere mitunter schwer verletzt worden. Hunderte von Oppositionellewurden ohne Haftbefehl
- 28 und ordnungsgemäßes Verfahren sowie unter systematischer Anwendung von Folter inhaftiert.
- 29 Viele Grundrechte wie die Pressefreiheit, das Recht auf freie Meinungsäußerung, das
- 30 Demonstrationsrecht sowie das Recht auf einen fairen Prozess wurden von der Regierung
- Ortega
- missachtet und faktisch außer Kraft gesetzt. Die Repression gegen die Zivilgesellschaft
- richtet sich vor allem gegen Menschenrechtsorganisationen, Journalistinnen und Journalisten,
- Studierende, NGOs und Repräsentantinnen und Repräsentanten der katholischen Kirche.
- Zahlreiche Ärzte und Ärztinnen und medizinisches Personal, die verwundete Demonstrierende
- behandelten, sowie Lehrerinnen und Lehrer, Akademikerinnen und Akademiker, LSBTTI und
- andere
- Angehörige des öffentlichen Dienstes, die an Demonstrationen teilnahmen, wur-den entlassen.
- Einer Reihe zivilgesellschaftlicher Organisationen wurde die Rechtsgrundlage entzogen. Im

- 31 Dezember entzog das die Regierung willkürlich u.a. zwei führenden
 32 Menschenrechtsorganisationen CENIDH und Hagamos Democracia den Rechtsstatus. Während
 der
 33 Demonstrationen schloss die Regierung Medieneinrichtungen und zensierte Online-Medien. Der
 34 Journalist Ángel Gahona wurde während einer Livesendung erschossen. Geschätzte 60.000
 35 Menschen sind in das Nachbarland Costa Rica geflohen und leben dort unter prekären
 36 Bedingungen. Hunderte von Oppositionellen leben seit Monaten im Untergrund.
- 37 Der Bericht von Amnesty International "Shoot to kill. Nicaragua's strategy to repress protest"
 38 stellt illegale und willkürliche Verhaftungen und Tötungen fest und belegt schwere
 39 Menschenrechtsverstöße. Meist unter dem Generalvorwurf des Terrorismus, ohne jegliche
 40 Indizien, kommt es zu Folter und grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Behandlung
 der
 41 Verhafteten.
- 42 Der nationale Dialog wurde von der Regierung abgebrochen, und die Kirche, die eine wichtige
 43 vermittelnde Rolle innehatte, wurde massiv unter Druck gesetzt. Sowohl die Vereinten
 44 Nationen als auch die Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) rufen zur sofortigen
 45 Wiederaufnahme des Dialogs auf, fordern eine unabhängige Untersuchung der Tötungen und
 46 befürworten vorgezogene Neuwahlen. Der UN-Menschenrechtsbericht von August 2019 kritisiert
 47 deutlich die zahlreichen politische Gefangenen und dokumentiert das autokratische Verhalten
 48 der Regierung Ortega-Murillo.
- 49 Wir stehen solidarisch an der Seite der Menschen in Nicaragua und empfinden es als unsere
 50 Verantwortung darauf hinzuwirken, dass Deutschland die schweren
 Menschenrechtsverletzungen
 51 kommentiert und sich nach Möglichkeit an der Lösung des Konflikts beteiligt:
- 52 1. öffentlich die Unterdrückung der friedlichen Proteste in Nicaragua zu verurteilen und
 53 sich gemeinsam mit den europäischen und lateinamerikanischen Partnern stärker
 für ein
 54 sofortiges Ende der Gewalt einzusetzen; über das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten
 55 Nationen (UNHCR) Mittel für den Schutz und die Versorgung der Geflüchteten in den
 56 Nachbarländern zur Verfügung zu stellen; eine kohärente deutsche und
 europäische
 57 Lateinamerika-Politik im Außen-, Entwicklungs-, Handels- und Wirtschaftsbereich zu
 58 betreiben, zu deren Kernelementen Rechtstaatlichkeit und Menschenrechte zählen;
 - 59 2. sich dafür einzusetzen, den rechtlichen Status der von einem Verbotserlass
 60 betroffenen zivilgesellschaftlichen Organisationen schnell wiederherzustellen; sich
 61 für faire rechtsstaatliche Verfahren für alle politischen Gefangenen in Nicaragua
 62 bzw. für eine rasche Freilassung unrechtmäßig Inhaftierter und politischer
 Gefangener
 63 einzusetzen; Gefängnisbesuche durch Vertreter der deutschen Botschaft und
 ausländische
 64 Mediziner
 - 65 3. im Rahmen der EU, gezielte und individuelle Visa- und Vermögenssperren von
 führenden
 66 Regierungsvertreterinnen und -vertretern und Einzelpersonen, die für
 67 Menschenrechtsverletzungen verantwortlich sind auszusprechen, auch um, nach

- 68 der
Einführung von US-Sanktionen, eine Verlagerung von Finanzströmen und -mitteln
69 von den
USA nach Europa zu verhindern; Auf eine Sondersitzung des UN-
70 Menschenrechtsausschusses
71 in Genf hinzuwirken, mit der Forderung nach einer internationalen Untersuchung der
Todesfälle, der Gleichschaltung der Staatsorgane sowie der Massenentlassungen
72 von
medizinischem Personal.
- 73 4. Maßnahmen der Entwicklungszusammenarbeit auf die Stärkung
zivilgesellschaftlicher
74 Partnerinnen und Partner zu konzentrieren und künftig wieder vermehrt
75 Entwicklungshelferinnen und Entwicklungshelfer zu finanzieren;

Begründung

Bündnis90/Die Grünen sind eine Partei der Menschenrechte. Wir fühlen uns verpflichtet auch die Konflikte und Krisenherde zu thematisieren und die Menschenrechtler*innen zu unterstützen die nicht im Fokus der öffentlichen deutschen Beobachtung stehen.

weitere Antragsteller*innen

Bastian Bergerhoff (Frankfurt KV); Sylvia Momsen (KV Frankfurt); Marlene Riedel (Frankfurt KV); Mogdeh Töbelmann (KV Berlin-Mitte); Tina Zapf (KV Frankfurt); Christoph Rosenbaum (Frankfurt KV); Ingo Klose (KV Nürnberg-Stadt); Johannes Lauterwald (KV Frankfurt); Daniela Cappelluti (KV Frankfurt); Julia Eberz (KV Frankfurt); Omid Nouripour (KV Frankfurt); Bärbel Spiegel (KV Frankfurt); Hanna Ursula Thiele (KV Frankfurt); Martina Feldmayer (KV Frankfurt); Nina Eisenhardt (KV Groß-Gerau); Emre Telyakar (KV Frankfurt); Wolfgang Siefert (KV Frankfurt); Mirjam Luise Schmidt (KV Frankfurt); Dana Kube (KV Frankfurt); sowie 10 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.